

Die Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die 'Volksstimme' erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für die Redaktion und Druckerei: Adolf Schönlank, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Ebert, Leipzig. — Preis der 'Volksstimme' G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsstr. 6. — Abonnementspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2,70 M., ohne Beleggeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: Die 'Volksstimme' kostet 20 Pfennig, Injektion 5, auswärts 25 Pfennig, im Restkomettel 75 Pfennig. Verlag: Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 265.

Halle, Donnerstag den 14. November 1918.

2. Jahrgang.

Der sächsische König abgedankt!

Dem Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging folgenden Schreiben zu:

Dresden, 13. November 1918.

An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden, Ständehaus.

Auf die heute früh mündlich an Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß Seine Majestät der König auf den Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Seine Majestät alle Offiziere, Beamten, Geistlichen und Lehrer von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gegen, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun. Der Minister des Innern. Dr. Koch.

Als der letzte einer hat nun auch Friedrich August den seinen Verhältnissen weichen müssen. Es hat sich wohl kein Mann während des Krieges so mißliebig gemacht, wie er. Wir möchten heute nur daran erinnern, daß die sozialdemokratische Fraktion im Landtage wiederholt gegen die mit der Vaterlandspartei gewechselten Telegramme Friedrich Augusts, die von den Ministern Balthus und Dr. Wed ausdrücklich gebilligt und verteidigt wurden, zu protestieren sich genügt hat.

Erklärung der deutschen Waffenstillstands-Deputation.

Berlin, 13. November. Die deutschen Bevollmächtigten haben bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes nachfolgende Erklärung abgegeben:

Die deutsche Regierung wird selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der aufgestellten Verpflichtungen Sorge zu tragen. Die unterzeichneten Bevollmächtigten erkennen an, daß in einigen Punkten auf ihre Anregung Einigungen erzielt werden ist. (Es folgt Besprechung auf den am 9. und 10. November stattgefundenen Austausch von Schriftstücken zwischen den deutschen Waffenstillstandsbevollmächtigten und Marshall Foch.)

Wir dürfen aber keinen Zweifel darüber lassen, daß insbesondere die Punkte der Räumungspolitik sowie die Abgabe unentgeltlicher Transportmittel einen Zustand herbeiführen werden, der ohne Berücksichtigung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen wird.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten erwidern es ferner für ihre Pflicht, unter Berufung auf ihre wiederholten mündlichen und schriftlichen Erklärungen nach einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Durchführung dieses Abkommens das deutsche Volk in Anarchie und Hungernot stürzen muß. Nach den Bedingungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, müßten die Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Grenzen die Qualität der am Kampfe Beteiligten, der Frauen und Kinder, beendet hätten.

Das deutsche Volk, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen bleibt, aber es stirbt nicht. Ebert, Oberbürger, Graf Dornburg, von Winterfeld, Kaufmann.

An die Bevölkerung der zu besiedelnden Gebiete.

Wir ersuchen dringend, auf die Bevölkerung einzuwirken, daß sie ruhig an ihrem Wohnort bleibt und nicht aus Furcht vor feindlicher Besetzung flieht. Die Ernährungslage verbessert es, je mehr geordnete Bevölkerungserhebungen vorgenommen, da die zurückbleibenden in den anderen Kommunalverbänden nicht mitberücksichtigt werden können. Flüchtlinge würden daher dem größten Elend entgegengehen.

Die Reichsleitung: Ebert, Saase.

Warnung.

In den letzten Tagen wurde wiederholt in den Kreisen und die Verwaltung des öffentlichen Verkehrs einseitig eingeschritten. Es wird dringend empfohlen, solche Eingriffe zu vermeiden. Zur Lösung der schwersten Aufgaben, die dem Volke gestellt sind — Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen, Rückführung der Truppen, Ernährung des Volkes und des Heeres — ist ein ungehinderter Gang der Eisenbahnverwaltung erforderlich. Jede Einschränkung von außen, und wenn er in besserer Absicht geschieht, kann unüberwindliches Hindernis bilden. Werden Willkürliche festgesetzt, so werden man sich an den Reichsausschüssen Dittmann, dem die Aufsicht über das Verkehrswesen übertragen ist; oder man hüte sich, die einzelnen Verkehrsstellen oder gar das Eisenbahnministerium durch unzulässige Anordnungen in der Arbeit lahmzulegen. Wer das tut, leistet bei Sünde des Volkes und der Freiheit einen Verrat. Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Saase.

Andie Arbeiter- und Soldatenräte!

In Berlin ist ein Reichsrat für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsrat) vom Rat der Volksbeauftragten und dem Arbeiter- und Soldatenrat errichtet worden. Ihre erste Aufgabe ist, unseren aus dem Jahre heimkehrenden Wehrern auf dem Weg zur Heimat und zur früheren Arbeitsstätte helfend zur Seite zu stehen und den auf der Rückwärtsreise befindlichen Arbeitern, Arbeitern und Angestellten eine andere Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte! Stellt der Zentralstelle! Ihre Arbeit ist für den Bestand unseres Volkswesens entscheidend. Galtet Euch an die von der Zentralstelle eingereichten Demobilisierungspläne, Demobilisierungskommissionen in den Regierungsbezirken und Demobilisierungsausschüsse in den Stadt- und Landkreisen. Die bisherigen Beschlägen von Rohstoffen müssen zunächst bestehen bleiben. Neue Beschlägen durch die Arbeiter- und Soldatenräte dürfen nicht stattfinden, sonst ist Vermehrung unvermeidlich und der Arbeiter kann nicht arbeiten. In der Landwirtschaft sind alle Weiber verpflichtet und bereit, ihre früheren Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten wieder aufzunehmen, ebenso in den gewerblichen Betrieben, Industrie und Handwerk, soweit Rohstoffe und Betriebsmittel vorhanden sind. Wo die Aufnahme unmöglich ist, werden die Demobilisierungsgänge durch Nacharbeiten helfen.

Wer arbeiten will, soll Arbeit und auskömmlichen Lohn erhalten. Für alle, welche einen Erwerb finden, wird der Staat sorgen. Die notwendigen Geldmittel werden zur Verfügung gestellt werden. Die Erwerbslosenfrage ist gelöst. Wer bei ungehörter Arbeit und in der Rückwärtsreise kann es gelingen, allen heimkehrenden und in der Rückwärtsreise nicht mehr zu beschaffenden Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten Arbeit zu schaffen. Die wertvolle Arbeit aller aber ist die Voraussetzung jeder neuen politischen und sozialen Organisation des Volkes. Wer die notwendige Beschäftigung von Arbeit findet, wer die ruhige Demobilisierung herbeiführt und wer die Arbeitsverbindung zwischen Front und Heimat unterkräftigt, verdient sich deshalb als schwerer am Volke. Jeder folge daher in Ruhe und Ordnung den notwendigen Demobilisierungsbeschlüssen.

Berlin, 13. November. Verlängerte Debatte Nr. 10. 12. Uebert. Saase.

Bekanntmachung des Demobilisierungsamts.

Alle von deutschen Kriegsministern, Stell. Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen erlassenen Befehlsanordnungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beschlägen, Höchstpreisbefehle usw.) bleiben in dem Interesse der wirtschaftlichen Demobilisierung zunächst in Kraft. Ihre Abänderung und Aufhebung, sowie die nötigen allgemeinen Ausnahmen werden unverzüglich vom Demobilisierungsamt, Berlin, Post. Debatte Nr. 10 oder in seinem Auftrag erlassen werden. Die Reichsregierung ist nicht verpflichtet, sich mit diesen und handelt im Auftrag des Demobilisierungsamts.

Reichsdemobilisierungsamt: Koch.

Gegen Eingriffe in die Kommunalverwaltungen.

Berlin, 13. November. Die preussische Regierung (ges. Tisch und Stroh) richtete an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgende Telegramm: In einer Reihe von Städten wurden Stadtvorstände, Stadtvorstandsvorstände und Deputationen aufgehoben und an ihre Stelle für die Gemeindeverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt. Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Grundsätzen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es gefährdet auch höchste den ruhigen Fortgang der Volkserziehung, der Aufrechterhaltung der Familien, der Krankenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben. Selbstverständlich können grundlegende Anforderungen an die Organisationsstruktur einzelner Gemeindeverbände nur infolge einheitlichen gesetzlicher Vorgehens erfolgen. Nach dem geltenden Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für die Wahlen in den öffentlichen Verwaltungen vorsehen, hat, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

Ein Aufruf der neuen preussischen Regierung.

Berlin, 13. November. In einem Aufruf der neuen preussischen Regierung an das preussische Volk heißt es: Die Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf restaurierte Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Rechtsstaat der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Neben die zünftigen Staatsinstitutionen Preußens, seine Verfassungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland ist eine verfassunggebende Versammlung einzusetzen; ihre Wahl erfolgt auf Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlrecht. Es zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung übermitteln die preussische Regierung, die getreu in dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte die Geschäfte. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der

neuen Reichsleitung für Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volkserziehung zu sorgen.

Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien u. a. hervorzuheben:

- Die Schaffung der Einheitschule, Befreiung der Schule von jeglicher kirchlicher Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche, völlig gleiches Baillottrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevorteilungen in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungen.
- Wesentliche Aufbau und Entwidlung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.
- Ordnung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Veranschaulichung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.
- Umgestaltung der Reichsflotte und des Seefahrtswesens im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Das preussische Kronfideikommissvermögen beschlagnahmt!

Die preussische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme des preussischen Kronfideikommissvermögens: Sämtliche zum preussischen Kronfideikommissvermögen gehörigen Gegenstände werden hierdurch mit Beschlag belegt. Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen.

Das nicht zum Kronfideikommissvermögen gehörige, im Sondergutachten des Königs und der künftigen Kamille stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Berlin, 13. November. Die Arbeiter- und Soldatenräte werden ersucht, zu veranlassen, daß den Kriegsgefangenen u. m. mitgeteilt werde, daß die Regierung dafür sorgen wird, daß die im Inlande befindlichen Kriegsgefangenen, die nicht die Waise haben, hier zu bleiben, die Besetzung erhalten, nach dem Friedensschluß ohne Verzögerung in die Heimat zurückzuführen.

Die Bildung der roten Garde eingestellt.

In Ermüdung, daß die Bildung einer besonderen roten Garde in Auflösung außerhalb der bestehenden Truppenkörper bei den Soldaten der Berliner Garnison den Glauben erweckt hat, daß in dieser Neuorganisation ein Misstrauen in die revolutionäre Überlegenheit der Truppen ausgedrückt sei, während andererseits die Truppen in einseitigem Beschluß ihrer Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat sich bereit erklärt haben, jederzeit auf Anordnung des Volksrates des Arbeiter- und Soldatenrats zur Verteidigung der revolutionären Erzeugnisse und zur Befreiung der sozialistischen Republik Blut und Leben zu lassen, beschloß der Volksrat:

Die Bildung einer roten Garde ist vorläufig einzustellen. Der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrats. Richard Müller. Wollenbuhr.

Gegen Eingriffe in die Lebensmittel-Versorgung.

Die Aufrechterhaltung der Volksernährung erfordert unbedingt, daß keinerlei Eingriffe in die öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel durch ungesetzliche Stellen vorgenommen werden. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über Bestände an Mehl, Getreide und anderen Lebensmittel, die der Reichsregierung, einer anderen Lebensmittelbehörde oder einem Kommunalverband gehören, müssen daher unbedingt unterbleiben, so weit sie getroffen sind, sofort rückgängig gemacht werden. Die Reichsleitung. Ebert, Saase.

Eine stürmische Soldatenversammlung in Berlin gegen linkssozialistische Sonderbestrebungen.

Der Volksrat des Arbeiter- und Soldatenrats in Berlin hatte am Mittwoch eine Soldatenversammlung zusammenberufen, die sich mit dem Fortschritt der Soldatenvereine beschäftigte. Den Mittelpunkt der Versammlung bildete ein Aufruf des Volksrates, in dem es heißt, daß die Revolution der Sicherheit bedürftig und deshalb 2000 sozialistisch getriebene und politisch organisierte Soldaten und Arbeiter mit militärischer Ausbildung den Schutz der Revolution übernehmen sollte. Ausdrücklich wurde gesagt, daß die Mitglieder dieser Verbände und anderer Lebensmittelbehörden, die einer Gewerkschaft angehören, und militärisch ausgebildet sein müßten. Die Soldaten und auch die Bevölkerung haben diesen Aufruf mit großem Mißtrauen aufgenommen. Sie merkten in der neuen Gründung die Bildung einer roten Garde. Ein Vertreter sagte, die Marine werde mit dem Vordringen der Freiheit und Ordnung sorgen, sie wolle aber keine rote Garde. Gegen diese mit stürmischer Zustimmung emp-

annohme Kreuzung konnte ein Mitglied des Volkskongresses, das die Bedenken zu zerstreuen suchte, nicht aufkommen. Auf den Zweifeln, warum man in Berlin 2000 Rotgardisten brauche, antwortete der Redner, es würden zum Wiederlegen der Gegenrevolution Männer gebraucht, auf die sich die Revolution verlassen könne. Wir hätten auch die Revolution und den Kampf um Frankreich zu zeigen. Diese Ausführungen ließen indessen auf lärmlichen Widerstand. Fast alle Redner verlangten die Zurücknahme des Vortrags. Das Militär wolle nicht, daß jetzt Parteistellen den Schwung übernehmen. Die eigene Regierung dürfe nur ein Provisorium sein. Darauf wurde folgender Antrag eingebracht:

Die durch ihre geschilderten Soldatenräte vertretenen Garnisonen Groß-Berlins werden die Bewegungen der Arbeiter solange mit Mithilfe betreiben, als die Regierung, zu deren Schwung sie dienen soll, sich nicht ausdrücklich zur Einberufung der Nationalversammlung als die alleinige Grundlage der zu gebenden Verfassung bereit erklärt.

Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es wurde weiter beschlossen, daß die Bildung der Roten Garde vom Arbeiter- und Soldatenrat sofort zur Einnahme werden müsse, und daß die Waffen dieser 2000 Mann an einem bestimmten Punkt niederzuliegen seien. Eine Abordnung von drei Soldaten wurde an den Volkskongress abgeordnet, um die sofortige Zurücknahme der Bildung einer Roten Garde durchzusetzen. Alle Redner betonten unter diesem Punkt Beschl. daß die Soldaten es abweisen, die Spontankongresse über die Unabhängigen zu befragen. Sie können Mann für Mann hinter der neuen Regierung, und wenn diese Schwung brauche, wäre die gesamte Groß-Berliner Garnison zu ihrer vollen Verfügung. Aber gerade deshalb ist eine rote Garde überflüssig und gefährlich.

Die Beratungen sollen heute Donnerstag fortgesetzt werden. Inzwischen wird gemeinhin behauptet, daß der Volkskongress des Arbeiters- und Soldatenrates beschließen hat die Bildung einer Roten Garde zur Verfügung einzustellen, da die Truppen sich bereit erklärt haben, jederzeit zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialistischen Republik ihr Leben einzusetzen. Mit wollen hier nicht unterlassen, als die gegen die geplante rote Garde erheblichen Bedenken begründet sind, die in ausdrücklichem Wortlaut, daß die Mitglieder dieser Garde einer der beiden sozialdemokratischen Parteien angehören und auch gesellschaftlich organisiert sein sollen. Aber immerhin ist es zu bezweifeln, daß sich die Soldaten gegen alle Parteireihen und besonders dagegen wenden, die Geschichte der Sozialdemokratie und die Unabhängigen befragen zu lassen, und daß sie weiterhin entschieden die Einberufung der Nationalversammlung fordern. Das ist der Standpunkt der Demokratie, der entschieden unterstützt werden muß. Nur durch die Demokratie kann die Revolution gesichert und die Freiheit gesichert werden.

Die französischen Sozialisten und Republik Deutschland.

Die französische sozialistische Partei und der allgemeine Arbeiterverband haben eine große Veranlassung abgesehen. Um die deutsche Revolution zu begrüßen. Die Veranlassung nahm einmütig folgende Entschließung an: Die im Sozialdemokratischen Parteiverfahren Arbeiter des Departements Seine begriffen die Revolution, die als Folge der Wiederverwertung des Militarismus den Thron stürzte und die Privilegien in Mitteleuropa abgeschafft hat. Wie Babel und Trotski am 17. 1. 1871, nach dem Sturz Napoleons, verlangen heute die Parteien der Arbeiter einen ehrenvollen Frieden, einen Rechtsfrieden und einen republikanischen Frieden für die deutsche Republik.

Die sozialistische Republik.

Die ersten Gesetzgebungsakte der Regierung der Volksbeauftragten liegen überwiegend auf rein politischem Gebiet. Belagerungszustand und Zensur werden aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht wird wiederhergestellt. Aber nicht nur wiederhergestellt. Die Meinungsäußerung in Wort und Schrift wird grundsätzlich für vollkommen frei erklärt und für alle politischen Straftaten rechtlos Anzeichen gemacht. Mit der Zensur zugleich wird auch die früher im Frieden herrschende Zensurzeit befristet.

Aber die rein sozialistische Regierung, die jetzt Deutschland leitet, hat sich nicht mit diesen politischen Vorhaben begnügt, sondern ist tatkräftig auf das soziale Gebiet hinübergegangen. Die Kleinrenten und die Ausnahmestellung gegen Landarbeiter sind außer Kraft gesetzt, der vorkrieglichen Hilfsdienst wird aufgehoben, abgesehen von den Bestimmungen über Arbeiterrenten, Angestelltenausfälle und Schlichtung von Streitigkeiten, und die während des Krieges außer Kraft gegangenen Arbeiterrentenbestimmungen werden wiederhergestellt. Während diese Bestimmungen sofort Rechtskraft erhalten, wird für eine Zeit von wenigen Wochen die Durchführung des achtstündigen Normalarbeitstages angeordnet. Die Vorlage über die Vermögensverlustentschädigung ist fertiggestellt. Nahrungsmitteleinstellung muß alle anderen sozialen Schäden sollen energisch bekämpft werden.

In diesen Bestimmungen tritt deutlich zutage, daß die neue Volksrepublik sozialistischen Charakter tragen muß und tragen wird. Der Zweifel daran, daß die Sozialdemokratie hierzu entschlossen sei, hatte die Einigung der beiden sozialistischen Parteien zur Übernahme der Regierungsgewalt erschwert. Aber dieser Zweifel war vollkommen unbegründet. Schon vor der deutschen Revolution, als die Sozialdemokratie noch in langsamem Vordringen der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen suchte, schrieb Otto Bauer in der Wiener Arbeiterzeitung vom 10. Oktober über die voranschreitenden Folgen der Demokratisierung Deutschlands:

„Der Sieg der deutschen Demokratie wird der Sieg des deutschen Proletariats, der Sieg des deutschen Sozialismus sein. Kein Land der Welt ist für den Sozialismus so reif wie Deutschland. In Russland, wo ein junges Proletariat mit heftigstem Instinkt den Versuch unternimmt, eine soziale Gesellschaft aufzubauen, bildet die Arbeiterklasse nur ein Achtel der Bevölkerung in Deutschland gehören zum Proletariat zwei Drittel der Nation.“

Unter dem 10. November bestätigt die Wiener Arbeiterzeitung, daß diese vorherige Erfüllung gefunden hat:

„In Deutschland frei, so fällt dem Proletariat die Herrschaft in Deutschland zu. Der Sieg der Republik ist in dem bodenständigen Kampf der Sozialisten. Und der Sieg des Sozialismus ist der Sieg des Sozialismus. Die deutsche Republik wird eine sozialistische Republik sein. Dort, in dem bodenständigen Kampf, mit seiner proletarischen Bevölkerungsmehrheit, mit seiner unerschütterlichen Volksheldin, mit seiner tief genialischen und organisierten Arbeiterklasse, wird sie den Sieg erringen. In Russland, mit seiner bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit, mit seinen kleinen und zersplitterten Industrie nicht gelingen konnte: ein sozialistisches Gemeinwesen aufzubauen, in dem die Arbeitsmittel das Gemeinvermögen der Volksgemeinschaft, der Gesamtheit aller Arbeitsenden sein werden.“

Dies ist das Ziel, welches die sozialistische Regierung Deutschlands sich vorsetzte, und die Volksbeauftragten haben diesen Weg zur Konstituante muß in die Vollmacht geben die entscheidenden Schritte zur Sozialisierung der Produktion zu tun.

Wider den Bolschewismus!

Abweisung des Bolschewismus liberal! Eine ebenso auffällige wie merkwürdige Erscheinung. Vor einigen Tagen wurde bei uns die Meldung verbreitet, daß die Entente mit



Kein Bolschewistisches Deutschland keinen Frieden stiften werde.

Das Berliner Tageblatt berichtet soeben, daß umfassende militärische Maßnahmen der Entente gegen den Bolschewismus bewerkstelligt werden. Österreich hat ferner ferner zugesagt, daß die Entente entsprechende Maßnahmen ergreifen werde, um den Ausbruch einer bolschewistischen Bewegung in Österreich und Deutschland zu verhindern. Es verleiht, daß sich Kräfte der Entente nach Überwindung der Zentralmächte gegen den Bolschewismus, wo immer er aufsteige, wenden und durch Beförderung seiner Garde im Osten die Westmächte selbst vor dem Uebergreifen der Bewegung auf ihre eigenen Gebiete schützen werde. Nach einer anderen Meldung des westlichen Blattes wäre auch eine militärische Intervention der Westmächte gegenüber der Schweiz zu erwarten, nachdem aus der Schweiz die bolschewistische Verbreitung im Umfang zunehmen und damit zugleich auch deren Unabhängigkeit gefährden. Die Entente ist entschlossen, auch in neutralen Ländern einzumarschieren, um den Bolschewismus niederzukämpfen. Man darf es den „demokratischen“ Westmächten und den Vereinigten Staaten schon vertrauen, daß sie mit allen Mitteln versuchen werden, den Bolschewismus zu erschaffen, um den Kapitalismus zu retten. So wie der Frieden, den uns die „demokratischen“ Feinde bringen werden, mit Recht und Gerechtigkeit nichts, dafür aber alles mit Gewalt und Diktatur zu tun haben wird, so wird auch die Freiheit, die sie uns zugebacht haben, eine zweifelhafte Sache sein. Aus leitenden Kreisen Washingtons wurde berichtet, daß der Bolschewismus die neue deutsche Regierung nicht tauglich zu unterliegen. Auch diese Meldung ist offenbar gegen den Bolschewismus gerichtet. Vom sozialistischen Standpunkt der westlichen „Demokraten“ sind diese Behauptungen, wie gesagt, begründet.

Verfechter der Demokratie oder noch als die Befürworter der kapitalistischen Demokratie des Westens sind die Befürworter, die bei uns an die Adresse des Bolschewismus gerichtet werden. So beschäftigt nach einer Meldung aus München der Gedanke des Bolschewismus, den man fürchtet, dort die westlichen Kreise. In einer Unterredung, die der Korrespondent des Berliner Tageblattes mit dem Ministerpräsidenten Kurt Eisner hatte, kam dieser auf den Bolschewismus zu sprechen. Eisner sagte, er sei überzeugt, daß alle seine Getreuen anwesenden, die jetzt in Berlin die Macht in die Hände genommen haben, in der Verurteilung des Bolschewismus mit der gleichen Meinung wären wie er. Dieses Bewusstsein verdient doppelt und dreifach unterfüttert zu werden. Daß es nur ein Bewusstsein gegen die ententistische Reaktion gegen den Bolschewismus sei, ist nicht wohl anzunehmen. Man muß vielmehr annehmen, daß die heutigen Machthaber, soweit sie der unabhängigen Sozialdemokratie angehören, aus der Erkenntnis gekommen sind, daß mit dem Bolschewismus nicht zu auszurufen ist, daß der Bolschewismus vielmehr bei uns ebenso wie in Russland zum Zerfall über politisch und wirtschaftlichen Ordnung führen muß.

Bolschewismus ist kein einheitlicher Begriff. Bolschewismus ist nicht Sozialismus schlechthin. Der Bolschewismus ist in Russland eine Richtung des Sozialismus, von der es noch nicht einmal feststeht, ob er die Mehrheit der Sozialisten repräsentiert. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, ist gegenüber dem gesamten übrigen Vorkriegsstand nur eine Minorität. Und diese Minorität kann sich gegenüber der Mehrheit nur durch den äußersten Terror erhalten. Eine solche Zwangsverherrlichung kann nicht von Dauer sein. In Russland hat er aber sein erstes Lebensjahr schon überdauert. In diesem ersten Jahre ist das russische Wirtschaftsleben von Grund aus vernichtet worden. Unter solchen Verhältnissen ist der ordnungsmäßige Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung völlig ausgeschlossen. Das ist tief bedauerlich. Für uns im neuen Deutschland aber hat er das gute, daß er uns zeigt, wie wir es nicht machen sollen.

Die Revolution ist über uns gekommen als eine militärische Reaktion gegen den Krieg und den Militarismus. Daraus erklärt sich die Bildung von Soldaten- und Arbeiter- räten nach russischem Muster. Aber diese Räte können und dürfen nicht anders werden als die russischen Zuständen kommen wollen, und die Errungenschaften der Revolution von Dauer sein soll, nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Unter dieser Bedingung ist die sozialistische Wirtschaftsordnung von vornherein in der Luft aufgelöst. Was wir aber bisher genannt haben, ist nur der Sturz der alten Herrschaft. Jetzt gilt es, die Demokratie auf breiter Grundlage in gesichertem Rahmen zu lenken. Die neue Ordnung im Weite muß ihre Grundlage finden in einer von dem freiesten Willen der beiden Geschlechter getragenen geordneten Veranlassung für das neue Deutschland mit Einfluß Deutschlands-Oesterreichs. Bei dieser Verantwortung allein, in der alle Klassen und Parteien im Verhältnis

zu ihrer Stärke vertreten sein müssen, kann in Zukunft alle gegebene Gewalt liegen. Es ist ein dieser Gewalt sind kontrollierende oder gar richtunggebende Körperlichkeiten zu ermöglichen. Diese gegebene Veranlassung wird zunächst die demokratische Verfassung festhalten haben. Und erst dann wird an die Umbildung der Wirtschaftsordnung in ein sozialistisches Gemeinwesen herangetreten werden können. Dieser Umbildungsprozess wird nicht zu einfach sein wie der durch die Revolution begünstigte Umbau der alten Staatsordnung, es wird vielmehr nur in langwieriger und jäher Arbeit allmählich durchgeführt werden können. Es ist eine andere Weg aber auch nur jedes Bismarck an dem diesem Weg muß unerschütterlich zum Zusammenbruch, zu Anarchie und Volkswirtschaft führen. Das haben schließlich auch die Unabhängigen erkannt, wie ihre Zusammenarbeit mit den Mehrheitssozialisten in der Berliner Zentralregierung und auch die Leipziger Volksregierung in ihrem Artikel Ernste Lage deutlich zeigt. In Leipzig zwar herrscht im Gegensatz zu dieser Erkenntnis die Ansicht der Unabhängigen, diese Diktatur wird aber den Anordnungen der gegebenden Zentralregierungen weichen müssen. Kann man auch bei uns nicht nur die alte sozialdemokratische Taktik zum Siege gelangt, sondern auch die Partei in Leipzig zu ihrem Rechte gekommen sein.

Wird die neue Ordnung in der angebotenen demokratischen Weise durchgeführt, dann ist auch den sogenannten Demokraten des Westens jede Grundlage zu einem Einschreiten gegen den Bolschewismus in Deutschland der Boden entzogen.

Trotsky gegen den Bolschewismus.

Das Berliner Tageblatt läßt sich am 8. a. n. melden: Die bolschewistische Sozialistenführer bemühen sich, die auch hier in Deutschland einwirkende revolutionäre Bewegung in ruhige Bahnen zu lenken. So hat der Sozialistenführer Trotsky in einer Rede in Rotterdam folgendes gesagt: Man ist nicht veranlassen, um Forderungen zu stellen, sondern zur Bekämpfung des großen Problems, das auch hier die Macht in die Hände der Arbeiter gelegt wird. Die deutschen Sozialisten haben den Umbau des alten und das Emporkommen des neuen Regimes. Was werden die bolschewistischen Arbeiter dazu tun? Weichen sie wie und was sie machen oder bleiben sie auf ihren Rechten bestehen? Der alte Geist muß aus der Wirtschaftsverwaltung verschwinden, wie der Imperialismus und der Militarismus. Die herrschende Klasse hat wie der nachstehende Ungehorsam der Soldaten bereitet, die Stützen ihrer Macht verloren. Die Revolution ist da, nur bleibt die Frage, in welcher Richtung sie sich entwickeln wird. Es darf nicht die russische Richtung sein, die gegen den Geist des russischen Volkes vertritt. Deutschland soll keine Nachahmung des russischen Bolschewismus liefern. Die Sozialisten müssen sich auf politische und revolutionäre Arbeit konzentrieren. Aber dies muß durch eine noch organisiert Bewegung geschehen. Ein anderer Redner wies auf Deutschland hin, wo Mehrheits- und Minoritätsparteien nicht gegeneinander kämpfen, sondern einmütig für die Arbeiterklassen.

Politische Ueberzicht. Deutsches Reich.

Die Antwort Brantings.

Auf das Telegramm der beiden sozialdemokratischen Parteivorstände an Branting wegen der für die deutsche Volksernährung unerträglichen bolschewistischen Behebungen hat Branting dem Parteivorstand folgende Drahttelegramm geantwortet: „Bitte sofort gegen fortgesetzte Hungerbedrohungen protestieren. Habe heute im Socialdemokratischen Parteivorstand mein Bedauern über die bolschewistische Behebungen ausgesprochen.“ Branting hofft, daß die Proteste der neutralen Organisationen zu entscheidenden Stellen weiterzubringen und selbstverständlich auch mit englischen und französischen Genossen Verbindung suchen. Bitte Parteigrüße. Branting.“

Reichstag und Nationalversammlung.

Eine Zeitungsnotiz hat auf den 13. November angelegte Reichstagsungung erwähnt, lenkt unser Interesse wieder auf die Unter dem Eindruck der Revolution fast vergessene Körperlichkeit. Eröffnet der bisherige Reichstag noch? Die Frage ist schwer zu beantworten. Im allgemeinen ist eine Revolution ein Akt, durch den die bisherigen Träger der staatlichen Willensbildung außer Kraft gesetzt werden. Nun könnte man allerdings für den Reichstag eine Ausnahme beibringen, weil er auf dem gleichen Wahrsitz beruht und bisher die einzige demokratische Einrichtung im Deutschen Reich darstellte. Aber bei dem gemäßigten Umfang, den eine Revolution im deutschen Reich hervorruft, hält es schwer, den lange vor der Revolution gemachten Reichstag noch als Ausdruck der jetzigen Volkswille anzuerkennen. Auf der anderen Seite würde eine einfache Ausschaltung des Reichstages eine jähere Lücke erzeugen, weil es dann an jeder Vertretung fehlt, die den Willen des gesamten Volkes irgendwie darzustellen beanspruchen darf.

Aus diesem Zwischenfall kann die Regierung am besten herauskommen, wenn sie den Reichstag, aber gleichgültig von der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung ausschließt. Diese Wahlen sind ohnehin von ungeheurer Wichtigkeit. Denn der jetzige Zustand kann nur ein Provisorium sein. Mitten in der Revolution kann natürlich keine Vertagung des Volkes stattfinden, dazu muß vielschichtig behandelt werden. Infolgedessen wird die Regierung zu erwarten, daß man glaubt, daß es dem Willen der revolutionären Klassen entspricht. Aber man muß sich darüber klar sein, daß das eben nur ein Vorbehalt ist, der einen geordneten demokratischen Verfahren zu weichen hat, sobald für dieses eine Möglichkeit besteht.

Der unmittelbare Reichstag.

Die nationaloffizielle Reichstagsaktion hat eine Erklärung erlassen, in der sie sich mit dem geordneten Zustand so gut wie möglich anzufrieden laßt. Sie fordert die Einberufung einer Konstituante, und bis diese erfolgt, die Mitwirkung des Reichstages an der Regierung. Daß die konstituierende Verammlung möglichst bald zusammentritt, ist ein Wunsch, den auch die Sozialdemokratie teilt. Der alte Reichstag aber kann ebensowenig jetzt an der Vorbereitung mitwirken wie das von der Bundesregierung als Anzeichen für abgelehnter Regierung oder die früheren vertriebenen Parteien, nur vermehren. Die Revolution hat diese alten Gewalten unmöglich gemacht; sie hat aufs deutlichste gezeigt, daß der Reichstag von 1912 nicht im geringsten Anspruch darauf erheben kann, noch als Vertretung des deutschen Volkes der richtige Ausdruck des Volkswillens zu sein. Nur die Revolution kann neue gleichmächtige Gewalten schaffen — die alten sind für immer dahin.

Die Anordnung in Preußen.

Wie verlautet, beschließt die neue preussische Regierung, sobald sie endgültig konstituiert ist, das Abgeordnetenhaus für aufgelöst und das Herrenhaus für abgeschafft zu erklären. Die Wähler der Krone sollen Nationalkongress werden.

Die 9. Kriegsanleihe.

Berlin, 13. November. Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen etwa die zum Umfang gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 887 Millionen Mark. Zeilangelegenheiten noch aus, so daß sich der Gesamtbetrag noch etwas erhöhen dürfte. Am Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, denen die Kriegsanleihe entgegensteht, wurde, wie das Ergebnis, wenigstens es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen erklärungsgewiss nicht heranzurück, daß es höchst befriedigend bezeichnet werden.

Der Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen.

Die Waffenstillstandsbedingungen, die wir bisher erst im Auszuge mitteilen konnten, liegen jetzt im Wortlaut vor. Sie lauten:

A. Auf der Westfront.

1. Einstellung der Feindseligkeit zu Lande und in der Luft 6 Stunden nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes.
2. Sofortige Räumung der besetzten Gebiete (Belgien, Frankreich, Elsass-Lothringen und Luxemburg). Es ist so zu regeln, daß sie in einem Zeitraum von 14 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes durchgeführt ist. Die deutschen Truppen, welche die erzwungenen Gebiete in dem festgesetzten Zeitraum nicht geräumt haben, werden zu Kriegsverbrechen gemacht. Die gesamte Befreiung dieser Gebiete durch die Truppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten wird den Verantwortlichen der Räumung folgen.
3. Alle Einwohner der oben angeführten Länder (einschließlich die Geiseln, die im Anfrageschluss und bereits Beurteilten) werden in ihre Heimat zurückgeführt. Diese Rückführung beginnt sofort und muß in einem Zeitraum von 14 Tagen beendet sein.
4. Die Deutschen überlassen folgendes Kriegsmaterial in gutem Zustand: 5000 Kanonen (davon 2500 schwere und 2500 leichtere), 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Jagd- und Bombenabwurfzeuge. In erster Linie alle Apparate T. 7 und alle für nächsten Bombenabwurf bestimmten Flugzeuge.
5. Räumung des linken Rheinufer durch die deutschen Truppen. Das linke Rheinufer wird durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten verwaltet. Die Truppen der Verbündeten und Vereinigten Staaten werden die Befreiung dieser Gebiete sichern, indem sie die hauptsächlichsten Rheinübergänge (Mainz, Koblenz, Bonn) inbegriffen je eines Brückenkopfes von 30 Kilometern Durchmesser auf dem rechten Ufer und außerdem die strategischen Punkte des Gebietes besetzen. Auf dem rechten Rheinufer wird eine neutrale Zone geschaffen; sie verläuft zwischen dem Fluß und einer fünfzig Meilen entfernten Linie. Diese Linie verläuft von der holländischen Grenze bis zur Parallele von Gernshain 40 Kilometer, von da an bis zur Schweizer Grenze nur 30 Kilometer östlich des Flusses.
6. Die Räumung dieser rheinischen Gebiete (auf dem linken und rechten Ufer) wird so geregelt, daß sie in einem Zeitraum von weiteren 11 Tagen durchgeführt ist, also im ganzen in 25 Tagen nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes. In allen vom Feinde geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern unterlegt. Dem Eigentümer der Einwohnerräume darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Fortführungen irgendwelcher Art werden nicht ausgeführt. Militärische Einrichtungen jeder Art werden in unerschütterlichem Zustande ausgeliefert; ebenso alle militärischen Vorräte, Lebensmittel, Munition, Ausrüstungsstücke, die nicht in dem für die Räumung festgesetzten Zeitraum haben mitgeführt werden können. Alle für die Zivilbevölkerung bestimmten Lebensmittelvorräte jeder Art (Weiß und Schwarz) auf Ort und Stelle besetzt werden. Industrielle Anlagen dürfen keine Schädigung erleiden; ihr Personal darf nicht gemindert werden.
7. Die Verkehrswege und -mittel jeder Art, Eisenbahnen, Schiffe, Kraftwagen, Straßen, Brücken, Telegraphen- und Telephonleitungen dürfen keinerlei Beschädigungen erleiden, das sämtliche zivile und militärische Personal, das ausgenutzt ist ihnen verbleibt, ist dort zu lassen.
8. In dem für die Räumung Belgiens und Luxemburgs festgesetzten Zeitraum sind den Verbündeten Mächten auszuliefern: 5000 gebräuchlichste Colotonen, 150 000 Eisenbahnwagen, 10 000 Lastkraftwagen.

Befanummachung.

Zur Sicherung der Rationierungsforderung!
Um die wünschenswerte Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu sichern, wird hiermit nochmals angeordnet, daß die Haushalte, welche bereits einen Wintervorrat an Kartoffeln durch die Stadt oder durch Landwirte erworben haben, mit dem Verbrauch dieser Kartoffeln sofort zu beginnen haben. Diese Vorräte haben ihre Kartoffelfarzen in den auf den Stammarkenstücken zu empfangenden amtlichen Briefumschlägen sofort bei der Rationierungskasse des Stadternährungsamtes, Marktplatz 22, I, abzugeben.
Diejenigen Haushalte, die Kartoffeln bei einem Landwirt besetzt haben, solche aber vor diesem nicht erhalten konnten, müssen sich sofort um die Sicherung bemühen, da die noch nicht besetzten Bestände ausschließlich in Kürze für ungültig erklärt werden.
Halle, den 14. November 1918. Der Magistrat.

ämtlich in beschleunigtem Zustande, sowie mit allen Reservisten und dem nötigen Gebrauchsgüter ausgeliefert.
Die eisenhaltigen Gegenstände mit sämtlichen organisch zu ihnen gehörenden Personal und Material sind in demselben Zeitraum auszuliefern.
Außerdem ist das für den Eisenbahnverkehr auf dem linken Rheinufer notwendige Material an Ort und Stelle zu belassen. Sämtliche Vorräte an Kohlen und Betriebsmaterial, Schienen, Signalgeräte, Materialmaterial, sind an Ort und Stelle zu lassen und während der ganzen Dauer des Waffenstillstandes von Deutschen vollständig und in gutem Zustande zu unterhalten.
Sämtliche den Verbündeten abgenommenen Güter sind ihnen zurückzugeben.
9. Das Requisitionswesen wird von den Armeen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten auf allen von ihnen besetzten Gebieten ausgesetzt.
Der Unterhalt der Besatzungstruppen der rheinischen Gebiete (mit Ausnahme Elsass-Lothringens) erfolgt auf Kosten der deutschen Regierung.
10. Sämtliche Kriegsgesangenen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten, einschließlich die in Anfrageschluss befindlichen und Beurteilten, sind ohne Rücksicht auf die Art ihrer Verurteilung zu befreien. Die Einzelbefreiungen werden nach getroffen. Die Verbündeten Mächte und die Vereinigten Staaten sollen das Recht haben, nach Guiltindien über sie zu verfügen.

B. Bestimmungen hinsichtlich der deutschen Ofgrenzen.

12. Sämtliche deutsche Truppen, welche sich augenblicklich auf dem von den Krieges zu Dehlerred, Rußland, Rumänien und der Türkei gehörigen Gebiete befinden, müssen hier die deutschen Grenzen zurückgeben, wie sie am 1. August 1914 waren.
13. Die Abwehrkräfte der deutschen Truppen und die Rückführung sämtlicher deutschen Infrastruktur, Geologischen, Zivil- und Militärgenossen zum russischen Gebiet (nach den Grenzen vom 1. August 1914) ist sofort einzustellen. Sämtliche Requisitionen und Beschlagnahmungen von Gegenständen, die nach Deutschland überführt werden sollen durch die deutschen Truppen, haben in Rumänien und Rußland (innerhalb ihrer Grenze vom 1. August 1914) von nun an sofort zu unterbleiben.
15. Verzicht auf die Friedensverträge von Brest-Litowsk (sowie auf ihre Zusatzverträge).
16. Die Besatzungen sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an ihren Ofgrenzen geräumten Gebieten (sowie über Dampfer) wie auch über die Weidung haben, um die Bevölkerungen dieser Gebiete versorgen zu können oder auch für jeden anderen Zweck.
17. Besatzungslose Überreste oder deutschen Kräfte, welche in Ostafrika operieren, innerhalb eines Monats.
18. Alle Zivilinteressen (einschließlich die Geiseln, die in Anfrageschluss befindlichen oder Beurteilten), welche den Verbündeten oder verbündeten Mächten angehören und nicht im Artikel 3 aufgeführt sind, sind ohne Rücksicht auf Gegenstände in einem Höchstzeitraum von 1 Monat in ihre Heimat zu befreien. Ausführungsbestimmungen bleiben noch festzusetzen.
19. Finanzielle Bestimmungen: Spätere Ansprüche und Forderungen jeder Art von Seiten der Verbündeten und der Vereinigten Staaten werden vorbehalten.

Die Wiederherstellung aller Beschädigungen. Während der Dauer des Waffenstillstandes darf der Feind keine öffentlichen Werke beschädigen, welche den Verbündeten als Pfänder für die Deckung der Kriegskosten dienen können.
Sofortige Zurückstellung des Waffenstillstandes der Banque Nationale in Belgien und sofortige Zurückstellung sämtlicher Dokumente und Wertpapiere (mobiliarer und immobilärer mit dem Ausgabematerial), welche dem öffentlichen Interesse dienen und in den besetzten Gebieten eingezogen worden sind. Rückstellung des russischen und rumänischen Goldes, welches von den Deutschen beschlagnahmt oder ihnen ausgeliefert worden ist. Dieses Gold wird von den Verbündeten bis zur Zurückstellung des Friedens in Verwahrung genommen werden.
(Wegen Nummernausgabe mußte die Fortsetzung der Waffenstillstandsbedingungen bis morgen zurückgestellt werden. Red.)

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 14. November 1918.
Wichtig für Arbeiter und Angestellte ist folgende Erklärung des Arbeiter- und Soldatenrats:
Halle a. S., 13. November 1918.
Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt die Regelung aller Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, als eine Aufgabe, die zwischen den Arbeitereberverbänden und den Gewerkschaften zu erledigen ist. Er ist bereit, im Bedarfsfälle auf Antrag zu vermitteln und eventuell eine Entscheidung zu fällen.
Soldaten- und Arbeitererrat
Grunow.
Arbeiter und Angestellte müssen ihre Wünsche den zuständigen Gewerkschaften unterbreiten, sofern sie dazu eine Regelung erzwängen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

- Markt.** Freitag auf Abchnitt 4 des Einkaufsscheins über Mehlereizeugnisse in den folgenden Stellen: Jahn, Große Goebenstraße 17, Raß, Schillerstraße 17 und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Lindenstraße 52 (2-6 Uhr). Zugelassen sind nur diejenigen, welche bei den Bоргенnummern zur Kundenliste angemeldet sind. Jede Person 1/2 Pf. für 55 Pfennig.
- Riese.** Freitag, nur nachmittags von 2-6 Uhr: Nr. 28 001 bis 29 200. Jede Person 55 g für 20 Pf. in der Talamtschule.
- Eier.** Freitag, vormittags von 8-12 Uhr: Nr. 69 001-63 500, nachmittags von 2-6 Uhr: Nr. 63 501-67 000 der Lebensmitteltheine in der Talamtschule. Jede Person ein Ei für 42 Pf. Die Eier sind nicht zum Kochen in der Schule.
- Hinterfest.** Freitag, vormittags von 8-12 Uhr: Nr. 47 501 bis 48 500, nachmittags von 2-6 Uhr: Nr. 48 501-49 500 der Lebensmitteltheine. Jede Person 55 g für 25 Pf. in der Talamtschule. Gezüge sind mitzubringen.
- Morgentranz.** Freitag, auf Karte 21 des Warenbezugscheins 18 je 1/4 Pf. zum Preis von 30 Pf. für das Pfund. Verkauf nur an diejenigen, welche in die Kundenlisten eingetragen sind.

Befanummachung.

Unter Bezugnahme auf die Befanummachung vom 6. Juli 1917 (Regierungs-Ansichtsblatt 1917, Stück 29, Nr. 454) wird hierdurch veröffentlicht, daß nach Mitteilung des Herrn Kurators der vereinigten Friedrichs-Universitäts Halle-Wittenberg wegen der zunehmenden Zerstörung der seit dem 1. Juli v. J. bei den Universitätskassen zur Erhebung kommende Kassenumsätze zu den geltenden Sätzen für Kur und Verpflegung - soweit diese nicht vertraglich festgelegt sind - vom 15. Oktober d. J. an von 0.50 Pf. auf 1 Pf. für den Kopf und Tag erhöht worden.
R. r e s e r v e, den 12. Oktober 1918.
Der Regierungspräsident.

Befanummachung.

Wie bereits früher bekannt gegeben worden ist, werden im Interesse der Schonung unserer Viehbestände für die Zeit vom 18. Novem-

ber d. J. bis 12. Januar 1919 weitere 3 fleischlose Wochen eingeführt und zwar vom 18. bis 24. November, 15. bis 22. Dezember und 6. bis 12. Januar 1919.
In den fleischlosen Wochen werden die Fleischpreise für den Fleischverkauf nicht festgesetzt. Die für Kranke auf Zufuhrorten gewährten besonderen Fleischquoten sind für die fleischlosen Wochen in den jeweils vorhergehenden Wochen zu entnehmen.
Die besonderen Zulagen für Schwerarbeiter, Schwerverletzte, sowie die unter Tage arbeitenden Bergleute werden bis bisher auch in den fleischlosen Wochen ausgegeben.
Die auf die fleischlosen Wochen lautenden Fleischmarken sind ungenügend für den Fleischbezug und dürfen von den Fleischer nicht abgetrennt werden.
Zum Erlaß für das in der Woche vom 18. bis 24. November gefallene Fleisch wird Wehl gegeben. Darüber hinaus wird die Stadt wieder ein Ei auf den Kopf der Bevölkerung abgeben.
Halle, 13. November 1918. Der Magistrat.

An Industrie, Handel und Gewerbe!

An den Arbeiter- und Soldatenrat in Halle haben wir heute auf Grund eines Beschlusses der in Halle ansässigen Handelskammernmitglieder folgendes Schreiben gerichtet:
„Die Handelskammer zu Halle, deren Bezirk den Regierungsbezirk Merseburg mit Ausnahme der Kreise Sangerhausen und Schweinitz umfaßt und deren gesetzliche Bestimmung ist, die gesamten Interessen der Handels- und Gewerbetreibenden ihres Bezirks wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch tatsächliche Mitteilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen, stellen dem Arbeiter- und Soldatenrat ihre Mitarbeit innerhalb ihrer Zuständigkeit zur Verfügung.“
Die Handelskammer.
Dr. Steckner. Relnicke. Dr. Pfahl.

Stadt-Theater
Freitag, 15. November:
Abgang 7.30 Uhr. Galt 11 Uhr
Die versunkene Glocke.
Oper von Heinrich Böllner.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Thalia-Theater
Jahstpiel des Studientheater-Personals
Sonntag, 17. November
abends 7 1/2 Uhr
Johannisfeuer.
Schauspiel von Sudermann.
Jetzt neue stile
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Kuppel-Schränke, Verticos, Sofas, Klartagen (große Auswahl) empfiehlt
Schmiedler, Schmiedler, R. Sadsch, Hügener Str. 7.

Wir suchen dringend [1894]
Reparaturschlosser und Arbeiter
bei hohem Lohn. Meldungen an
Elektrowerk - Aktiengesellschaft.
Betriebsleitung Fjörnerowich, Kreis Bitterfeld.

Zur Erinnerung an den Reichstags-Abgeordneten
Dr. Ludw. Frank.
Vierfarbendruck-Porträt 29x32 cm groß auf Kunstdruckpapier, so lange der Vorrat reicht, per Stück 1.50 M. gegen Voreinsendung. Nachnahme 30 Pf. mehr.
Georg Menze, Berlin S 59 Hasenheide 90.

Möbel
auf
Teilzahlung.
Kredit auch nach auswirts.
N. Fuchs, Möbel- [1270] Ausstattungs-Geschäft,
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II., III. Etage.

[1683] **Tüchtige Schachtmeister**
mit größeren Kolonnen für Kriegs- und Volkswirtschaftliche Baustellen zum sofortigen Antritt gesucht.
Walter Weissig, Maschinensabrik, Zeitz.
Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!